



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Heimisches Ausbildungsprogramm für Imaminnen und Imame sowie islamische Religionsbedienstete in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den illegitimen Einfluss extremistischer Kräfte auf bayerische Moscheen und Gemeindezentren einzudämmen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll ein bayerisches Aus- und Fortbildungsprogramm für Imaminnen und Imame sowie islamische Religionsbedienstete gefördert werden. Sie sollen im Freistaat eine Ausbildung genießen können, die es ihnen ermöglicht, künftig in ihren Gemeinden in der Lage zu sein, ihren Gemeindemitgliedern beratend und unterstützend zur Seite zu stehen, antisemitischen und menschenfeindlichen Haltungen entschieden entgegenzutreten und sich gleichzeitig gegen Muslimfeindlichkeit zu positionieren. Sie sollen eine Form muslimischer Religiosität in den Gemeinden fördern, mit der junge Musliminnen und Muslime eine unsere Demokratie bejahende Haltung entwickeln können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diesbezüglich Gespräche mit Fachexpertinnen und -experten der bayerischen Universitäten wie beispielsweise der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Universität Augsburg aufzunehmen. Zudem soll die nötige institutionelle Infrastruktur für den Aufbau des Programms durch die Staatsregierung finanziert werden sowie die Gründung eines, an einer Universität angesiedelten, Instituts für die Aus- und Fortbildung geprüft werden. Insbesondere ist dabei darauf einzugehen, wo die Vorteile liegen würden, wenn die Aus- und Fortbildung mithilfe eines solchen Instituts über Universitätsgrenzen hinweg organisiert würde und dieses Institut auch die Kooperation mit den Gemeinden pflegen würde.

Begründung:

In ihrer Resolution „Klare Kante gegen islamistischen Extremismus – für Religionsfreiheit und Sicherheit“ zur Fraktionsklausur im Januar 2026 erkennt die CSU-Fraktion an, dass religiöses Personal, das in Bayern tätig ist, eine besondere Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt trägt. Die Schlussfolgerung dieser Erkenntnis ist die Forderung, dass Imame, die aus dem Ausland entsandt werden, an speziellen Integrationskursen teilnehmen und sich klar zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen. Die Stadt München hat bereits 2007 ein entsprechendes Fortbildungsprojekt initiiert, an dem 2009/2010 über 200 Imame und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren teilgenommen haben. Es wurde eben dieses Problem adressiert, was auch die CSU-Fraktion erkannt hat, nämlich dass Imame, Imaminnen und muslimische Seelsorgerinnen und Seelsorger Schlüsselpersonen der muslimischen Gemeinden sind und diese Religionsgelehrten, die häufig nicht aus Deutschland

stammen, „mit den Strukturen vor Ort“ vertraut sein müssen. „In acht eintägigen Modulen lernten die Imame die Angebote der Stadtverwaltung kennen, erfuhren, was einen säkularen Staat wie Deutschland von anderen Formen (laizistische Staaten, Staaten mit einer Staatsreligion etc.) unterscheidet, besuchten einen Integrationskurs, eine Kirche und lernten auf einer interkulturellen/interreligiösen Stadtführung München aus einer ungewohnten Perspektive kennen. Ein zusätzlicher Gewinn ergab sich daraus, dass auch die besuchten Institutionen und Behörden ihrerseits dadurch einen verbesserten Zugang zu dieser Gruppe bekommen haben.“ Neben etlichen weiteren deutschen Städten hat Augsburg dieses Programm damals übernommen. Das Programm wurde evaluiert und für sehr erfolgreich befunden. Dass die CSU-Fraktion hieran anknüpft, ist sehr zu begrüßen. Dass weder in der Resolution noch auf Nachfrage der Medien keine Details zur Umsetzung und zum Zeitplan genannt werden, obgleich bereits ein evaluiertes, Best-Practice-Beispiel aus Bayern, das in mehreren bayerischen Städten erfolgreich durchgeführt wurde, vorliegt, lässt jedoch befürchten, dass nicht vom Ergebnis her gedacht wurde, sondern lediglich durch das Schlagwort der „Integrationskurs-Pflicht“ den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden soll, dass hier ein ernstes Problem vermeintlich schnell gelöst werden kann. Zudem werden weder freiwillige noch verpflichtende Integrationskurse oder Bildungsmodule für Imame das Problem nachhaltig lösen können, wie die CSU-Fraktion ja selbst feststellt. Denn das Ziel, das auch die CSU-Fraktion verfolgt, ist, dass es künftig keine Imame mehr gibt, die aus dem Ausland in bayerische muslimische Gemeinden entsandt werden. Doch um dieses Ziel zu erreichen, sollte Bayern nicht länger auf den Bund zeigen und sich allen langfristig und nachhaltig wirksamen Maßnahmen zur Lösung des Problems versperren.

Im Abschlussbericht der interfraktionellen Enquete-Kommission im Landtag „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“ wurde 2018 u. a. festgehalten, dass eine unabhängige akademische Imamausbildung angeboten werden müsse. Bis auf eine Expertin und die Fraktionen der CSU und FREIE WÄHLER sprachen sie sich alle dafür aus. Dass die Angebote für muslimische Seelsorge in Krankenhäusern, Gefängnissen und der Bundeswehr verstärkt werden sollen, darüber waren sich sogar alle bis auf die CSU-Fraktion einig. Und dass mittelfristig an bayerischen Schulen ausschließlich an staatlichen deutschen oder vergleichbaren Universitäten ausgebildete muslimische Religionspädagoginnen bzw. -pädagogen und Theologinnen bzw. Theologen zum Einsatz kommen sollen und daher auch die Ausbildung dieser an deutschen Hochschulen kontinuierlich ausgeweitet werden sollte, darüber waren sich alle – sogar die CSU-Fraktion – einig. Nun ist dies schon acht Jahre her und wir sind weit davon entfernt, dass wir ausreichend muslimische Religionspädagoginnen bzw. -pädagogen und Theologinnen bzw. Theologen in Bayern hätten.

Die Möglichkeit, sich auch in Bayern endlich zur Imamin und zum Imam aus- und weiterbilden zu lassen, ist auch vor diesem Hintergrund ein wichtiger Meilenstein. Denn immer mehr muslimische Gemeinden wünschen sich heute religiöses Personal, das die hiesige Sprache und Lebenswirklichkeit teilt und die gesellschaftlichen, kulturellen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen kennt. Genau das macht eine solche fundierte Ausbildung so attraktiv für alle, die eine langfristige Perspektive in der Gemeindearbeit anstreben. Dasselbe gilt für den Bereich der muslimischen Seelsorge: Der Bedarf an qualifizierter Begleitung in Krankenhäusern, Justizvollzugsanstalten oder der Bundeswehr ist hoch. Durch eine grundständige, theoriegestützte und zugleich nah an der Alltagspraxis ausgerichtete Qualifizierung und die Einstellung dieses Personals entsteht hier ein echter Mehrwert – nicht nur für die muslimische Community, sondern für die Gesellschaft als Ganzes. Denn wenn Imame, Imaminnen, Religionspädagoginnen und Religionspädagogen sowie Seelsorgerinnen und Seelsorger sowohl über solides Fachwissen als auch über praktische Erfahrung verfügen, wirkt sich das unmittelbar auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Sie wirken als authentische Ansprechpersonen, fördern die Integration und leisten einen Beitrag zum gelingenden Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft.